

**Kommission für
Geoinformationswirtschaft
des
Bundesministeriums für
Wirtschaft und Technologie**

**MEMORANDUM
2010**

04. März 2010

VORWORT

Im Rahmen einer Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit aus dem Jahr 2003 wurden acht Milliarden Euro Wertschöpfungspotential aus der wirtschaftlichen Nutzung staatlicher Geoinformationen geschätzt. Heute wird mit bis zu 12 Milliarden gerechnet. Dieses Wirtschaftspotenzial und die Anregungen der Wirtschaft haben das Bundeswirtschaftsministerium veranlasst, im Jahre 2004 die Kommission für Geoinformationswirtschaft (GIW-Kommission) einzurichten, um dieses Wertschöpfungspotenzial zu erschließen und eine Schnittstelle zur Wirtschaft zu schaffen. Ziel dieser Wirtschaftskommission ist es, dafür geeignete Maßnahmen zu entwickeln, die eine branchenspezifische und regional übergreifende Aktivierung dieses Marktpotentials ermöglichen.

In dem Memorandum „Digitaler „Rohstoff“ Geoinformationen – ein Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ der GIW-Kommission vom 15.4.2005 werden insbesondere die Anforderungen der Wirtschaft und die sich hieraus ergebenden Aufgaben für die GIW-Kommission dargestellt. Kernbotschaften dieses Memorandums waren:

- Identifizierung von Handlungsfeldern in Bezug auf Rahmenbedingungen, wie Gebührenordnungen, Nutzungsrechte, Preismodelle, Datenformate, Datenschutz,
- Zentrale Geoinformationsvertriebsstrukturen (Geo-Clearing-Stelle),
- Öffentlichkeitsarbeit.

Mit Hilfe von Leitprojekten und Studien sollten diese Vorgaben verifiziert und die effiziente Nutzung von Geoinformationen für die Wirtschaft erprobt bzw. unterstützt werden. Nach fünfjähriger erfolgreicher Arbeit der GIW-Kommission werden in diesem **Memorandum 2010** eine Zwischenbilanz gezogen und Perspektiven für die künftigen Aktivitäten der GIW-Kommission aufgezeigt.

Die Arbeit der GIW-Kommission hat zu einer deutlichen Verbesserung des Verständnisses über den Umgang mit behördlichen Daten zwischen behördlichen Stellen einerseits und der Wirtschaft andererseits geführt. Insbesondere haben die von der GIW-Kommission aufgelegten Leitprojekte dazu beigetragen, Lösungen und Lösungsansätze hinsichtlich der effizienten Nutzung behördlicher Daten zu finden. Im Laufe des Prozesses wurde auch erkannt, dass der Großteil der Daten für Geschäftsmodelle ausschließlich bei der Verwaltung zur Verfügung steht.

Festzuhalten ist zum heutigen Zeitpunkt jedoch auch, dass der eingeleitete Prozess zwischen Behörden und Wirtschaft lange noch nicht abgeschlossen ist. Für beide Seiten gilt es, die Potentiale aus einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit noch intensiver zu nutzen als es bisher geschehen ist. Hier bedarf es einer weiteren Sensibilisierung der Wirtschaft aber auch von Politik und Verwaltung für die Nutzung öffentlicher Geoinformationen.

Das Wirtschaftspotenzial aus der Nutzung Digitaler Geoinformationen kann auf 12 Milliarden Euro steigen

Leitprojekte und Studien sind zentrale Aktivitäten mit Lösungsansätzen zur effizienten Nutzung behördlicher Daten im GeoBusiness

Der Geschäftsstelle der GIW-Kommission (GIW-GSt) fällt hierbei eine Schlüsselfunktion im Sinne eines Moderators zwischen Wirtschaft und Verwaltung zu. Ihr Einsatz sowie die durch die Wirtschaft getragenen Leitprojekte und hier insbesondere „GeoRohstoff“ und „GeoRisiko“, haben gezeigt, dass ein professionelles Prozessmanagement zu zählbaren Erfolgen führt, die ansonsten in der relativ kurzen Zeit nicht zu erzielen gewesen wären.

Dies gilt auch für die aufgezeigten Handlungsfelder.

Die GIW-Geschäftsstelle ist der Moderator zwischen Wirtschaft und Verwaltung

RESÜMEE

EXOGENE FAKTOREN

RECHTLICHE VORAUSSETZUNGEN

Seit Gründung der GIW-Kommission haben insbesondere die durch die EU indizierten Normenbereiche die Landschaft des GeoBusiness auf Bundes- und Landesebene entscheidend verändert:

- PSI-Richtlinie aus dem Jahr 2003 (Public Sector Information) mit der entsprechenden nationalen Umsetzung IWG (Informationsweiterverwendungsgesetz) aus dem Jahre 2006. Sie enthält Regeln für die Weiterverwendung und die praktischen Mittel zur Nutzung von Informationsquellen öffentlicher Stellen.
- INSPIRE-Richtlinie aus dem Jahr 2007 mit den entsprechenden Geodatenzugangs- bzw. Geodateninfrastrukturgesetzen des Bundes und der Länder. Sie schafft den Rahmen, den Zugang zu und die Nutzung von amtlichen Geodaten zu verbessern.

Die EU-Richtlinien PSI- und INSPIRE sind die Richtschnur

Während INSPIRE entsprechend einem vorgegebenen Datenkatalog die Weitergabe öffentlicher Daten vorwiegend innerhalb der Verwaltungen, insbesondere in Richtung der EU, vorantreibt, soll mit der PSI-Richtlinie durch Freigabe öffentlicher Daten die Wirtschaft aktiviert werden. Beide Richtlinien fördern die Nutzung von Geoinformationen für wirtschaftbezogene Aktivitäten und die Schaffung von Mehrwerten auf Basis staatlicher Daten und unterstützen so in entscheidendem Maße die Aktivitäten der GIW-Kommission.

Weitere wichtige Impulse zur Stabilisierung privatwirtschaftlicher Geschäftsmodelle stammen aus Diskussionen über die Auswirkungen des Datenschutzes auf GeoBusiness-Geschäftsmodelle. In bisher zwei durch die GIW-Kommission initiierten Studien wurden entscheidende Wege in Richtung Rechtssicherheit aufgezeigt. Dadurch ist es gelungen, alle Seiten für das Thema „Datenschutz und Geoinformation“ zu sensibilisieren.

Verantwortungsbewusstes Datenmanagement verlangt angemessenen Datenschutz

INFRASTRUKTUR

Wesentliche Impulse zur Förderung von GeoBusiness-Aktivitäten kommen aus den gravierenden, positiven Veränderungen in der Breitbandversorgung der Bundesrepublik. So sollen nach Aussage der Bundesregierung (Breitbandgipfel 3.2.2009) bis spätestens 2014 für 75 Prozent der Haushalte, bis 2018 für alle Haushalte Internet-Anschlüsse mit Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde zur Verfügung stehen. Da die Geschäftsmodelle mit Geoinformationen auf Grund der Datenfülle und der gewünschten Transportgeschwindigkeit Breitbandtechnologien erfordern, gilt die flächendeckende Versorgung als ein Schlüsselfaktor für die Umsetzung dieser Geschäftsmodelle.

Breitbandtechnologie ist Voraussetzung für effizientes GeoBusiness

Die Initiative Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) schafft Voraussetzungen zur standardisierten Bereitstellung und Nutzung von verteilt vorgehaltenen amtlichen Geodaten aus verschiedenen Verwaltungsbereichen und -ebenen (Bund, Länder, Kommunen) im Sinne der INSPIRE-Richtlinie. Durch das Lenkungsgremium GDI-DE wurde ein Architekturkonzept erarbeitet, das organisatorische und technische Interaktionen skizziert. Zudem definiert GDI-DE eine Nationale Geodatenbasis. Sie enthält so genannte „Schlüsseldaten“, die der Erledigung gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben dienen und für die Wirtschaft von Bedeutung sind.

Seit Beginn der Aktivitäten der GIW-Kommission hat sich die standardisierte Technologie zu sogenannten Web-Diensten, den WebMapServices (WMS) und WebFeatureServices (WFS), aber auch zu Catalogue Services (CSW), WebCoverage (WCS) weiter entwickelt. So werden beispielsweise Umwelt-, Planungs- und Hintergrundinformationen als WMS verbreitet, Liegenschafts- und Denkmaldaten sowie Hauskoordinaten teilweise als WFS genutzt. In den Leitprojekten wurden vielfach erstmals auf diesen Technologien basierende Umsetzungen erprobt und weiterentwickelt.

Wandel der Webdienste:
Von WMS und WFS,
von CSW bis WCS

AKTIVITÄTEN DER GIW-KOMMISSION

Im Frühjahr des Jahres 2005 hat die GIW-Kommission ihre Vorstellungen und Ziele im Rahmen eines Memorandums der Öffentlichkeit vorgestellt. Aus diesen Anforderungen haben sich zu bearbeitende Meilensteine ergeben:

- Bereitstellung einer Bedarfsliste über staatliche Geoinformationen,
- Einrichtung spezifischer Leitprojekte in den Branchen,
- Vergabe Projekt begleitender Studien zu den Rahmenbedingungen im nationalen und internationalen Umfeld,
- konsequente Mitarbeit an den Arbeitsgruppen von GDI-DE,
- Einrichtung von TaskForces zur Bearbeitung komplexer, vernetzter Einzelthemen,
- begleitende Öffentlichkeitsarbeit.

DATENCLUSTER-MATRIX

Als erster logischer Schritt wurde Anfang 2005 der Bedarf der deutschen Wirtschaft an staatlichen Geoinformationen identifiziert. Vorgaben an Maßstäbe, Auflösungen, Datenformate und Flächendeckung wurden für insgesamt 188 Datencluster, vom Straßennetz über Denkmale bis zur Struktur des Untergrundes, kompakt, detailliert und standardisiert an GDI-DE übergeben. Naturgemäß „lebt“ diese Datenliste und wird stetig den Anforderungen angepasst und weiter fortgeschrieben. Die Umsetzung ist mit GDI-DE zu erörtern. Die Anforderungen der deutschen Wirtschaft zur Nutzung von Geodaten in dieser Form zu bündeln, war der erste Meilenstein in der Arbeit der GIW-Kommission. Die Anforderungen an staatliche Geoinformationen wurden so plastisch von der Metaebene auf eine konkrete operative Ebene heruntergebrochen und somit auch bei den Behörden als Datenlieferanten konkretisierbar. Diese Datenmatrix ist Basis aller weiteren Aktivitäten. Sei es, um Chancen im internationalen Geobusiness zu nutzen, oder Fragen des Datenschutzes, von Preismodellen oder zum Datenaustausch zu klären. Alle weiteren Entwicklungen beruhen auf diesen explizit formulierten Vorgaben.

Die Wirtschaft hat bis heute einen Bedarf von 188 Datenclustern ausgewiesen

LEITPROJEKTE

Branchen spezifische Leitprojekte unter Beteiligung von Mitgliedsverbänden, Unternehmen und Verwaltungen wurden aufgelegt, die sich mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten entwickelt haben und in denen Nutzeranforderungen definiert wurden. In den Leitprojekten „GeoRohstoff“ und „GeoRisiko“ beispielsweise definieren und akquirieren die Verbände der Rohstoff- und Versicherungswirtschaft Daten, die für ihre Geschäftsprozesse dringend benötigt werden, allerdings zur Zeit noch mit erheblichem Personalaufwand. Das Portal www.georohstoff.org der GIW-Kommission zeigt, wie weit die Arbeit bereits gediehen ist und welcher Nutzen für die Wirtschaft entstehen kann. Nach nur drei Jahren Aufbauphase steht diese Applikation seit 2009 für alle Mitgliedsunternehmen der Rohstoffverbände in der GIW-Kommission in ganz Deutschland zur Verfügung.

In Leitprojekten - als Schlüssel zum Erfolg - werden Geschäftsprozesse optimiert, gebrauchsfertige Anwendungen entstehen

In den Leitprojekten entstehen internetgestützte Geoinformationssysteme (z. B. WebGIS-Anwendungen), die in der Lage sind, hochgenaue ortsgebundene Geoinformationen verschiedenster Fachverwaltungen zu überlagern, zu verschneiden oder weiter zu verarbeiten. Dadurch können die Unternehmen zukünftig mit vorhandenem Personal und ohne hohe zusätzliche Investitionskosten fachliche Auswertungen aktuell vornehmen und darüber hinaus eigene Unternehmensdaten einpflegen und mit diesen Informationen verknüpfen.

Einheitlichkeit und die Flächendeckung staatlicher Informationen in digitaler Form, insbesondere der weiteren Fachinformationen, ist noch nicht erreicht. Die

Harmonisierung und Interoperabilisierung sind unabdingbar

semantische Harmonisierung existiert in der Regel nicht länderübergreifend und ist kurzfristig auch nicht zu erreichen. Politische Impulse, die Aktivitäten in dieser Hinsicht beschleunigen können, sind in diesem Zusammenhang jederzeit erforderlich.

RAHMENBEDINGUNGEN

Unter Rahmenbedingungen sind Themen wie Nutzungsrechte, Preismodelle oder Datenschutz zu subsumieren. Auch hier fehlt es an einheitlichen Interpretationen und Umsetzungen in Deutschland. Deutliches Zeugnis wird in der länderspezifischen Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie abgelegt. Dies wird auch zukünftig zu einem erhöhten Regulierungsbedarf und damit zu erhöhtem Aufwand bei der Wirtschaft und Verwaltung führen.

Um dem Wunsch der Wirtschaft nach Einheitlichkeit in Sachen Geoinformationen in Deutschland Impulse zu verleihen, hat die GIW-Kommission frühzeitig die Weiterentwicklung und Harmonisierung der Rahmenbedingungen vorangetrieben. Studien wurden erarbeitet und TaskForces ins Leben gerufen. Ziel der Studien ist es, übergreifende Themenkomplexe für die Mitglieder der GIW-Kommission zu bearbeiten. Die TaskForces sind spezifische Arbeitsgruppen, in denen - orientiert an den Ergebnissen und Geschäftsprozessen der Leitprojekte - komplizierte Themen wie Nutzungsrechte, Preismodelle, Datenaustausch oder Datenschutz gemeinsam von Wirtschaft und Verwaltung zu zukunftsfähigen Modellen geführt werden sollen.

Homogenisierung der Rahmenbedingungen ist Voraussetzung für effizientes Geobusiness

LIZENZEN

Die Nutzungsbedingungen für Geodaten unterliegen ebenfalls unterschiedlichen, Bundesland spezifischen Gegebenheiten. Daher hat sich die GIW-Kommission bereits 2006 dem Thema Lizenzen zugewandt. In nur zwei Jahren wurde ein Baukastensystem zur Vereinheitlichung von Lizenzbedingungen zur Abgabe von Geoinformationen entwickelt. Zum „GeoBusiness-Kongress 2008“ konnte die Musterlizenzvereinbarung der GIW-Kommission präsentiert werden. Diese Musterlizenz ist Basis aller Vertragsvereinbarungen für die GIW-Leitprojekte. Eine Übertragung auf alle Vertragsgestaltungen im Geobusiness ist anzustreben.

Musterlizenzen sind ein erster Schritt für die Wirtschaft

DATENSCHUTZ

Das Thema Datenschutz hatte die GIW-Kommission ebenfalls im Jahre 2006 erstmals auf der Agenda. Mit der Studie „Geoinformation und Datenschutz“ wurde 2007 die nationale Rechtssituation hinsichtlich datenschutzrelevanter Aspekte analysiert. Die „Ampelstudie“ der GIW-Kommission folgte im Jahre 2008. In ihr werden die Datenwünsche der deutschen Wirtschaft (188 Datencluster) mit

Die Kommission hat drei Studien zum Datenschutz beauftragt

Ampelfarben entsprechend der jeweiligen datenschutzrechtlichen Situation versehen. Hierbei sind die zentralen Fragen:

- Wann wird in welcher Kombination welche Geoinformation datenschutzrechtlich sensibel?
- Ab wann kommt es zur Verschneidung mit personenbeziehbaren Informationen?

Ein weiterer, äußerst wichtiger Analysebaustein wird Ende 2009 mit einer dritten Studie vorliegen. Diese wird die Voraussetzungen aufzeigen, die Geschäftsprozesse erfüllen müssen, um den nationalen und europäischen Anforderungen im Datenschutz zu entsprechen.

PREISMODELLE

Auch beim Thema Preismodelle herrscht große Heterogenität zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Auch hier haben die Leitprojekte Vorbildcharakter und tragen dazu bei, sich ein konkretes Bild über den tatsächlichen Bedarf zu machen. Erst so wird deutlich, welcher Kunde welche Information wie oft benötigt. In den Projekten wurden daher zunächst Testphasen vereinbart, in denen beide Seiten ein Gefühl für das Nutzerverhalten und die Nachfrage entwickeln können.

Der tatsächliche Nutzen soll die Preise bestimmen

DATENAUSTAUSCH

Nicht nur die Wirtschaft benötigt Geoinformationen der Verwaltung, sondern auch die Verwaltung solche der Wirtschaft. Die Landesplanung ist beispielsweise stark an aktuellen Informationen über den Stand der Abbauaktivitäten im Rohstoffbereich interessiert. In beiden Richtungen soll und muss somit ein Datenaustausch stattfinden. Allerdings ist hierbei die Problematik der "Geschäftsgeheimnisse" der Daten liefernden Unternehmen zu berücksichtigen. Um den Datenrückfluss von Geoinformationen der Wirtschaft an die Verwaltung zu ermöglichen, müssen daher zunächst bei der Wirtschaft selbst Vorstellungen zu einem bundesweit einheitlichen und transparenten Vorgehen entwickelt werden.

Datenaustausch von der Wirtschaft zur Verwaltung fördert die Kooperation

INTERNATIONALE ASPEKTE

Alle Aspekte im deutschen GeoBusiness interagieren unmittelbar mit dem europäischen Umfeld. Die PSI-Richtlinie regelt die Weiterverwendung von Informationen der öffentlichen Hand. Die INSPIRE-Richtlinie gibt wesentliche Rahmenbedingungen für die Nutzung von Geoinformationen vor. Die Umsetzung dieser Richtlinien in nationales Recht regelt den gesetzlichen Rahmen für Aktivitäten deutscher Unternehmen im internationalen GeoBusiness. In dem G8-Vorhaben GEOSS wird über weltweite Dateninfrastrukturen gesprochen; die

Internationale Aktivitäten stärken den Standort Deutschland

GIW-Kommission ist hier Mitglied im User Interface Committee. Um das Potential der internationalen Impulse frühzeitig zu analysieren, hat die GIW-Kommission zwei Studien zu diesem Thema in Auftrag gegeben. Die Studie „Chancen für Geschäftsmodelle deutscher Unternehmen im europäischen und globalen Informationsmarkt“ bildete im Jahre 2008 den Anfang der internationalen Analyse. Für ausgewählte Branchen werden unter www.geobusinessmaps.org zentrale Informationen als Grundlage für Geschäftsmodelle im europäischen Ausland bereit gestellt.

Die Erfahrungen aus den Leitprojekten zeigen die Abhängigkeiten der Umsetzung von Geschäftsmodellen in Deutschland in Bezug auf die Regelungen auf europäischer Ebene auf. Die Rechtsunsicherheit auf allen Seiten ist sehr ausgeprägt. Im Jahre 2009 hat daher die GIW-Kommission die Studie „Die europäische Gesetzgebung als Motor für das deutsche GeoBusiness“ aufgelegt. Ziel ist es, die Auswirkungen der EU-Gesetzgebung, inklusive der nationalen Umsetzung, auf Geschäftsprozesse zu analysieren. Daraus sollen die Schritte abgeleitet werden, die erforderlich sind, um Geschäftsmodelle für die deutschen Unternehmen in Deutschland, aber auch in Europa, rechtssicher aufzustellen. Hiervon werden alle erwähnten Rahmenbedingungen inhaltlich berührt.

Die europäische
Gesetzgebung als Motor
für das deutsche
GeoBusiness

PR - ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Arbeit der GIW-Kommission wurde durch begleitende Maßnahmen Zielgruppen orientiert beworben: Fachvorträge, Ausstellungen, Messen, Tagungen, aber auch Workshops mit Beteiligten aus Wirtschaft, Industrie und Behörden bildeten die Kernbereiche der PR/Öffentlichkeitsarbeit. Der Internetauftritt wurde um eine Pinwandfunktion erweitert, die allen Beteiligten im Geobusiness als Austauschplattform dient. In Kooperation mit dem ZDF wurde ein TV-Trailer gedreht. Events wurden für das Internet filmisch mitgeschnitten. Zur Information - insbesondere für den Bürger und Schüler - wurde das Info-Portal www.geobusinessexplorer.de entwickelt. Hier wird das Thema Geoinformation anschaulich an alltäglichen Beispielen präsentiert. Höhepunkt bilden die alle zwei Jahre alternierenden Großveranstaltungen GeoBusinessCongress und erstmals seit 2009 die Vergabe des GeoBusinessAWARD.

Öffentlichkeitsarbeit auf
allen Ebenen - ein
wesentlicher
Erfolgsfaktor

MANAGEMENTSTRUKTUREN

Um die Vielfalt an Themen und Aufgabengebieten der GIW-Kommission systematisch zu bedienen, wurden in der Geschäftsstelle spezielle Werkzeuge und Vorgehensweisen entwickelt. Immer mehr bildete sich die Geschäftsstelle als Moderator und Mediator zwischen Wirtschaft und Verwaltung heraus.

Management Erfolg
durch gezielte
Kommunikation

Als ein sehr wirkungsvolles Kommunikationswerkzeug im Mediationsprozess wurden Auftaktveranstaltungen eingeführt, in denen themen- oder regionsspezifisch die Beteiligten aus Wirtschaft und Verwaltung in einer Veranstaltung zusammengeführt werden. Offenheit sowie Transparenz in diesen Runden führen zu einem Vertrauensverhältnis mit dem Ziel einer Vernetzung, partnerschaftlichen Kooperation und Bündelung der Interessen.

TASKFORCES

Zur Lösung der komplizierten und meist querschnittsorientierten Fragen bei der Harmonisierung übergreifender Themenstellungen wie Gesetze, Lizenzen, Preismodelle, Datenaustausch oder Datenschutz wurden als neutrale und fachoffene Arbeitsgruppen sogenannte „TaskForces“ gebildet. Folgende TaskForces wurden eingerichtet:

- TaskForce „GeoBusinessPricing“: Unterstützung bei der Entwicklung wirtschaftsorientierter Bepreisungsstrukturen an Hand der Geschäftsprozessketten der Leitprojekte,
- TaskForce „GeoBusinessAustausch“: Unterstützung bei der Entwicklung des Datenflusses harmonisierter Geoinformationen von der Wirtschaft an die Verwaltung,
- TaskForce „GeoBusinessDatenschutz“: Unterstützung bei der Entwicklung bundeseinheitlicher Datenschutzregelungen,
- TaskForce „GeoBusinessGesetze“: Unterstützung bei der Entwicklung rechtlicher Rahmenbedingungen,
- TaskForce „GeoBusinessLizenz“: Unterstützung bei der Entwicklung einheitlicher Lizenzmodelle.

TaskForces helfen, übergreifende und sensible Themen zielführend zu entwickeln

Diese TaskForces setzen sich themenbezogen aus Beteiligten der Wirtschaft und der Verwaltung zusammen. Im Ergebnis sollen hier Beschlussvorlagen für die GIW-Kommission entwickelt und im Bedarfsfall in das Lenkungsgremium GDI-DE eingebracht werden.

AUSBLICK

STRUKTURELLE ANPASSUNG

Um die bisherigen Erfolge in der Arbeit der GIW-Kommission nachhaltig zu sichern, dem stark steigenden Interesse der Wirtschaft an der Nutzung behördlicher Daten für ihre nationalen und internationalen Belange gerecht zu werden und letztendlich den politischen Willen zu manifestieren, ist es erforderlich, weitere Überlegungen für die künftige Arbeit der GIW-Kommission anzustellen. Der politische und gesetzliche Auftrag, den Anforderungen der EU auf nationaler Ebene nach zu kommen und nationale GeoInformationen der EU

Die GIW-Kommission ist die "Stimme" der deutschen Wirtschaft im GeoBusiness

zur Verfügung zu stellen, wird durch GDI-DE sicher gestellt. Während GDI-DE vornehmlich die behördliche Seite abdeckt, stellt parallel hierzu die GIW-Kommission die Verbindung zur Wirtschaft dar, sowohl als „Stimme der Wirtschaft“ als auch als Moderator in Richtung Behörden. Konstruktionsbedingt trifft dann das einzelne Wirtschaftsunternehmen bzw. der einzelne Wirtschaftsverband mit dem behördlichen Datenlieferant im Rahmen dieser Projekte einzelvertragliche Regelungen. Der Datentransfer und die Entwicklung der vertraglichen Konditionen wird unter Beteiligung der GIW-Geschäftsstelle zwischen Datenlieferant (Bund, Länder, Kommunen) und Datenabnehmer (Wirtschaft) begleitet, wobei nach Möglichkeit die von GDI-DE erarbeiteten technischen Vorgaben hinsichtlich der Datenformate genutzt werden.

Die Forderung der Wirtschaft nach möglichst einheitlichen Standards bei Inhalten, Formaten, Vertragsregelungen, Lizenzen, Datentransfer und bei der Preisgestaltung lässt sich wegen der unterschiedlichen Ausrichtung und Zielsetzung beider Gremien in der gewählten Konstruktion nur mit großem Koordinations- und Zeitaufwand verwirklichen. Beispielsweise decken sich die für die Nutzung durch die Wirtschaft identifizierten 188 Datencluster aus den unterschiedlichsten Fachbereichen nur teilweise mit den im Rahmen von INSPIRE von der Verwaltung an Brüssel zu liefernden Daten. Um die Bereitstellung dieser zusätzlichen Informationen an die Wirtschaft dennoch zu ermöglichen, sind häufig zusätzliche Verhandlungen mit den Verwaltungseinheiten erforderlich.

Bereits von Beginn an hat die GIW-Kommission - ergänzend zu der ursprünglich vorgesehenen ausschließlichen Beratungsfunktion gegenüber dem Lenkungsgremium GDI-DE - ihre Arbeit streng an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtet und in diese Richtung eigene Aktivitäten entwickelt (Bild 1). Die Abläufe konnten so verschlankt werden und führten zu einer deutlichen Verbesserung der Umsetzungsgeschwindigkeit der Geschäftsmodelle der Mitglieder der GIW-Kommission. Auch konnten die Kontakte zu den Datenlieferanten spürbar verbessert werden, was ebenfalls zu positiven Effekten in diversen Bereichen führte.

MARKETING

Die als Handlungsauftrag im Memorandum von 2005 verankerte Öffentlichkeitsarbeit ist weiter zu entwickeln und auszudehnen. Bisher wird durch die GIW-Kommission werblich überwiegend ein „Fachpublikum“ angesprochen, so z.B. bei Auftritten auf den Messen CeBIT, Intergeo und auf D21-Tagungen oder Veröffentlichungen in Fachpublikationen. Der erfolgreiche Versuch auf der CeBIT08, bereits in der Aus- und Weiterbildung das Thema Geoinformationen an die breite Öffentlichkeit heranzuführen, muss weiter entwickelt werden. Die

Die Bedürfnisse der nutzenden Wirtschaft stehen im Zentrum aller Aktivitäten

Strukturelle Einbindung der GIW-Kommission in die Aktivitäten der Verwaltung – der einzig gangbare Weg

Zielgruppen spezifisches Marketing verstärkt die öffentliche Präsenz

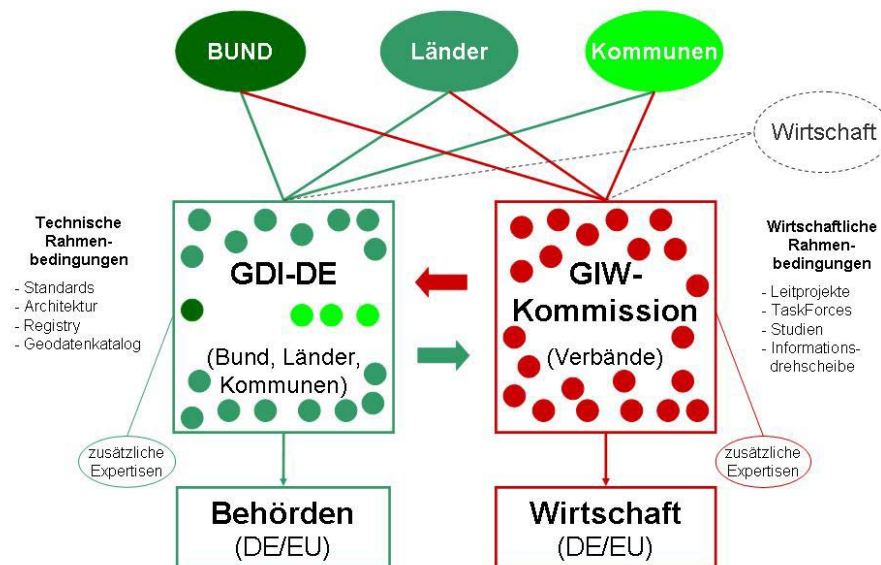


Bild 1: Strukturelle Einbindung der Aktivitäten der GIW-Kommission.

Auslobung des GeoBusiness AWARD 2009 mit der Auftaktveranstaltung anlässlich der CeBIT 2009 war ein erster wichtiger und erfolgversprechender Ansatz in Richtung bisher noch nicht erreichter Zielgruppen. Kooperationen mit Schulen bieten hierfür eine gute Multiplikationsplattform. Wenn es der GIW-Kommission gelingt, ihre Arbeit noch öffentlichkeitswirksamer zu gestalten, werden weitere Benutzerkreise erschlossen und die „Datennachfrage“ erhöht. Hierzu zählt auch die Aktivierung der Leitungsebenen aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik in Spitzentreffen. Die Verleihung des GeoBusiness AWARD 2009 anlässlich einer hochkarätigen Branchenveranstaltung hat hier gute Ansätze zur Motivation der Leitungsebene in der Wirtschaft aufgezeigt.

Der bisherige werbliche Auftritt der GIW-Kommission soll im Rahmen eines professionellen Marketing-Konzeptes optimiert werden. Es wird empfohlen, das Thema Marketing als Schwerpunkt in die Arbeit der Geschäftsstelle aufzunehmen, wobei ein entsprechendes Marketing-Konzept im Vorfeld zu erarbeiten ist. Die Aktivitäten auf diesem Sektor könnten anschließend z.B. durch eine „ständige Arbeitsgruppe“ unter Leitung der GIW-GSt mit Einbeziehung von Mitgliedern der GIW-Kommission, aber auch Dritten, forciert werden. Auch sollen zusätzliche werbliche Aktivitäten bei den Mitgliedern der GIW-Kommission erfolgen. So soll ein jährliches Treffen unter Teilnahme von Spitzenvertretern der GIW-Kommission die Plattform für strategische Ansätze liefern, wobei die Mitwirkung "hochkarätiger" Teilnehmer von Wirtschaft und Verwaltung wünschenswert ist.

Spitzenvertreter aus Politik, Behörden und Wirtschaft sollen die Erfolge der GIW-Kommission unterstreichen.

MONITORING

Über ein professionelles Marketing hinaus ist - wie in vielen Bereichen der Wirtschaft bereits erfolgreich umgesetzt - ein Monitoring für die Mitglieder der GIW-Kommission zu entwickeln. Die GIW-Kommissionsmitglieder und ihre Mitgliedsverbände bzw. Mitgliedsunternehmen sollen sich im ersten Schritt bei der GIW-GSt mittels einer Internet gestützten Anwendung über den jeweiligen aktuellen Datenstand zu einem Datencluster informieren können. Im Anschluss hieran sollen dann Erweiterungen in Richtung zusätzlicher Monitoringansätze geprüft werden. Zusätzlich zu den Informationen über Daten und Dienste sind folgende Rahmenbedingungen von hervorgehobener Bedeutung:

- Gesetze und Recht,
- Datenschutz,
- Lizenzen,
- Pricing,
- Datenaustausch,
- Wertschöpfung.

Monitoring staatlicher Geoinformationsdienste als Dienstleistung von der GIW-Kommission für die Wirtschaft

MEDIATION

Das Thema einer Mediation durch die Geschäftsstelle der GIW-Kommission wird zunehmende Bedeutung erlangen. Da die überwiegende Zahl der Mitglieder der GIW-Kommission grundsätzlich bundesweit Daten bzw. Prozessvorgaben benötigt, ist es erforderlich, mit den Datenlieferanten - insbesondere mit den Ländern und Kommunen - möglichst einheitliche Vereinbarungen zu den vorgenannten Themen zu treffen. Bei den behördlichen Datenlieferanten fehlt zurzeit noch ein einheitliches Vorgehensmodell zur Weitergabe der Daten, so dass über die GIW-Kommission die vorgenannten Fragestellungen zu begleiten und zu lösen sind. Hierfür sollen die Aktivitäten bereits bestehenden TaskForces intensiviert und entsprechend den Fragestellungen angepasst werden. Hierbei ist die Frage weiterer Datencluster zu berücksichtigen.

Mediation zwischen Wirtschaft und Behörden als Erfolgsfaktor

GIW-GESCHÄFTSSTELLE ALS INFORMATIONSDREHSCHIEBE

Um den Erfolg der GIW-Kommission nachhaltig zu sichern, ist es notwendig, neben der Verbandsunterstützung auch die Erfahrung und das Know-how aus der Arbeit generell und speziell aus den Leitprojekten der nutzenden Wirtschaft im Sinne eines GeoBusiness-Kompetenzzentrums mit einer Informationsdrehscheibe (Bild 2) direkt zur Verfügung zu stellen.

Das GeoBusiness-Kompetenzzentrum der GIW-Kommission als Informationsdrehscheibe zur Wirtschaft

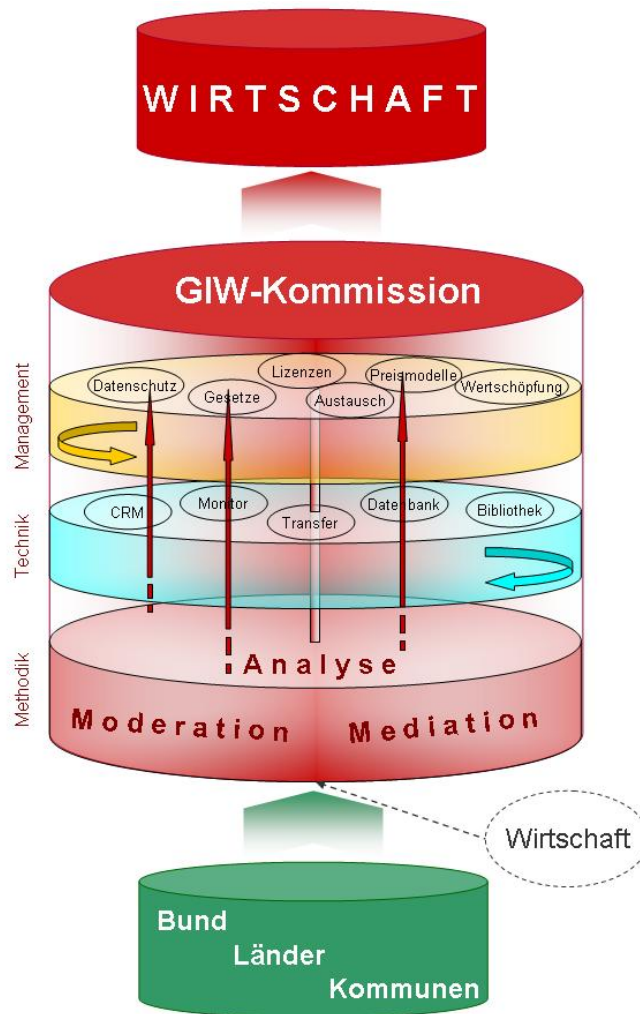


Bild 2: Informationsdrehscheibe der GIW-Kommission.

Unterstützt werden soll diese Aufgabe durch Internet-Applikationen. Abgeleitet aus den bisherigen Tätigkeiten der GIW-GSt können folgende Themenfelder im Fokus dieser Informationsdrehscheibe stehen:

- Monitoring,
- DataClearingNetz,
- Datenschutztreuhänder,
- Unterstützung der Datenbeschaffung,
- Vertragsbeschaffung,
- Rechtsinformation,
- Innovationsbörse,
- Mediation,
- Veranstaltungen,
- Medienkonzepte.

Mit einer solchen Informationsdrehscheibe wäre die Nachhaltigkeit der Arbeit der GIW-Kommission auch auf Dauer sicher zu stellen, da

- der **Transfer** des erworbenen Know-hows sichergestellt ist, sowohl für weitere Leitprojekte als auch für die Unternehmen selbst,
- die **Aktivierung des Geoinformationsmarktes** weiter beschleunigt wird durch den Direktzugang der Unternehmen,
- den **Bedürfnissen der Wirtschaft** Rechnung getragen wird, bezüglich Geschwindigkeit und Anwenderfreundlichkeit.

FAZIT

Die GIW-Kommission ist die Plattform, auf der zwischen Behörden und Wirtschaft die Nutzung behördlicher Daten gezielt moderiert wird. Die GIW-Kommission hat die Möglichkeit, durch die dargestellten Entwicklungsschritte auf Dauer den Erfolg der GIW-Kommission zu sichern und damit nachhaltig das Wertschöpfungspotential staatlicher Geoinformationen für die Wirtschaft auszuschöpfen. Voraussetzung für eine optimale künftige und nachhaltig positive Entwicklung ist notwendigerweise die Erfüllung folgender Prämissen

- Intensivierung der TaskForces der GIW-Kommission mit dem Ziel, Anforderungen der Wirtschaft zu formulieren und soweit notwendig über das BMWi als Beschlussvorlage in das Lenkungsgremium von GDI-DE einzubringen.
- Aufbau einer Informationsdrehscheibe zur Aktivierung der Wirtschaft und Sicherung der Nachhaltigkeit der Arbeit der GIW-Kommission.
- Intensivierung von PR und Marketing mit jährlicher Strategie-Tagung der GIW-Kommission unter Beteiligung der jeweiligen Spitzenvertreter.

Maßnahmen zur Stabilisierung des GeoBusiness:

- TaskForces
- Informationsdrehscheibe
- PR/Marketing

Kommission für Geoinformationswirtschaft am 04. März 2010:

- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi),
- Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (BBS),
- Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI),
- Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW),
- Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. (GDW),
- Bundesverband Digitale Wirtschaft e.V. (BVDW),
- Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM),
- Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW),
- Deutscher Bauernverband e.V. (DBV),
- Deutscher Dachverband für Geoinformation e.V. (DDGI),
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK),
- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV),
- Geschäftsstelle der Kommission für Geoinformationswirtschaft (GIW-GSt.),
- Hauptverband des deutschen Einzelhandels e.V. (HDE),
- HypZert GmbH - HypZert e.V. ; Initiative der Spitzenverbände der deutschen Finanzwirtschaft (HypZert),
- Initiative D21 e.V. (D21),
- Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten e.V. (VATM),
- Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e.V. (VRB),
- Wirtschaftsministerkonferenz / Länder-Arbeitskreis „Telekommunikation, Informationswirtschaft, Post“ (WMK),
- Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung e.V. (WEG),
- Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft e.V. (ZAW),
- Zentralverband des deutschen Handwerks e.V. (ZDH).

Das Memorandum 2010 der GIW-Kommission kann bezogen bzw heruntergeladen werden bei:

GIW-Kommission
- Geschäftsstelle -
Stilleweg 2
30655 Hannover
kontakt@geobusiness.org
www.geobusiness.org